

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr. TOP:	17 2
	Verhandlung	Drucksache:	15/2002
		GZ:	8110-00

Sitzungstermin:	07.02.2002
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	OB Dr. Schuster
Berichterstattung:	der Vorsitzende
Protokollführung:	Frau Haasis pö
Betreff:	Neuordnung der Energiebeteiligungen der Landeshauptstadt Stuttgart - Verkauf des Geschäftsanteils der SVV am Stammkapital der TWS - - Bericht und Stellungnahmen -

Vorgang: siehe Niederschrift Nr. 16/2002

Dieser Niederschrift angeheftet sind der Antrag Nr. 11/2002 der Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.01.2002 mit Stellungnahme des Herrn Oberbürgermeisters vom 30.01.2002 sowie der Antrag Nr. 21/2002 der FDP/DVP-Gemeinderatsfraktion vom 31.01.2002. Wie im Verwaltungsausschuss vereinbart - s. Niederschrift Nr. 34/2002 über die Verhandlung des Verwaltungs- ausschusses vom 06.02.2002 -, wird über den Antrag Nr. 21/2002 in der Verhandlung des Verwaltungsausschusses am 20.03.2002 beraten.

Die folgenden Ausführungen werden im leicht gekürzten und bereinigten Wortlaut wiedergegeben:

OB Dr. Schuster:

"Ich will die Vorgeschichte jetzt im Einzelnen nicht beleuchten. Ich möchte zunächst beginnen mit einem Wort des Dankes an unseren Ersten Bürgermeister, Herrn Dr. Lang, und Herrn Schopf, die diesen ganzen Prozess mit begleitet und gesteuert haben und die natürlich auch viele Stunden mit Fachleuten des Steuerrechts zugebracht haben, mit dem Finanzministerium verhandelt haben usw., um hier eine für uns günstige Lösung Ihnen vorschlagen zu können. Die Entscheidung heute hat durchaus eine historische Dimension, nicht nur von der Größe des Vermögenstransfers - es gab einen solchen in dieser Stadt noch nicht -, sondern auch, weil wir uns von bislang kommunal verantworteten Aufgaben verabschieden und damit umsetzen, was aufgrund der veränderten Rechtslage - zunächst im europäischen Recht und dann im deutschen Recht - vorgegeben wurde, nämlich dass die Kommunen oder überhaupt die öffentlichen Hände nicht mehr für die Energieversorgung primär zuständig sind, sondern dass dies eine Sache ist, die im Wettbewerb steht. D. h., das Verhältnis Bürger zur Stadt wird jetzt definiert durch Kunde zum Unternehmen, also eine materielle Privatisierung, die wir mit diesem Beschluss letztlich nachvollziehen.

Hinzu kommt im speziellen Stuttgarter Fall, dass wir eine Unternehmensstruktur mit der NWS haben, die langfristig in einer Stand-alone-Lösung, also wenn man die NWS sozusagen im europäischen Markt ohne Anbindung an größere Unternehmen gelassen hätte, zumindest Schwierigkeiten gehabt hätte. Insoweit gab es nur die Entscheidung, wie z. B. die Mannheimer, die versuchen, auf eigene Faust eine europäische Energiepolitik zu machen mit entsprechenden Beteiligungen an Stadtwerken usw., die sie überall einkaufen. Also, es gab eigentlich nur die Entscheidung, eine Expansion zu versuchen auf volles eigenes Risiko oder sich anzulehnen an einen größeren Partner, der sich bei uns ideal anbietet mit der EnBW.

Hinzu kommt das spezifische Risiko, dass die NWS einen 80%igen Anteil an der Kernenergie hat, d. h., dass wir große Anteile an drei Kernkraftwerken haben und bei der EnBW an zwei weiteren. Wir haben von daher auch - wenn man so will - politische Risiken und vielleicht auch tatsächliche - Stichwort Phillipsburg -, die uns, glaube ich, alle sehr nachdenklich gemacht haben.

Für uns war es wichtig, und da war ich dankbar, dass das auch ein breiter Konsens hier im

Gemeinderat war, dass wir eben nicht nur diesen Vermögenstransfer sehen, sondern dass wir auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen und dass wir unserer sozialen Verpflichtung gerecht werden, dass wir nicht einfach sagen, wir verkaufen, egal wie, Hauptsache möglichst viel Geld, sondern dass wir diesen Prozess jetzt so begleitet und gesteuert und auch vertraglich vereinbart haben, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NWS eine gute Perspektive haben. Die NWS wird in der Struktur verändert. Es wird Neuordnungen der Aufgaben zwischen der EnBW und der NWS geben, und die NWS wird das regionale Energieunternehmen in diesem Konzept, weit über die Stadt und die regionalen Grenzen hinaus und hat damit eine Perspektive. Vor allem haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem größer gewordenen Konzern gute Perspektiven. Und es ist schon beachtlich, dass bundesweit massiv Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgebaut wurden, während bei der NWS sogar neue hinzugekommen sind.

Für uns ist strukturpolitisch langfristig wichtig, dass Stuttgart ein Standort für Energiedienstleistungen bleibt, und auch diese Standortverpflichtung ist vereinbart. Sie wissen oder kennen vielleicht die Überlegungen, dass die neue NWS und die EnBW, die sich, wie gesagt, neu strukturieren wird, dann auch an einem neuen Standort niederlassen will, nämlich im Fasanenhof in dem von uns initiierten und von der L-Bank künftig betriebenen Dienstleistungspark.

Die Unternehmenssteuerreform wirkt sich bei dieser Transaktion bekanntlich sehr positiv aus. Sie hat allerdings eine Schwierigkeit, nämlich, ursprünglich hatten wir ja vorgehabt, 25 % der NWS zu behalten. Jetzt können wir, um diese weitgehende Steuerfreiheit zu bekommen, das nur dadurch erreichen, dass wir die TWS GmbH verkaufen, in der die 9 % der EnBW-Anteile und 42,5 % NWS-Anteile gebunden und gehalten sind.

Was die Vermögensverwendung angeht, so haben wir Ihnen dazu einen ersten, groben Vorschlag gemacht, weil natürlich ein ganzer Teil gebunden bleibt. Das Eine ist, dass wir in der SVV - dort kommt ja das Geld an - Mittel drin lassen, um den Verlust der Straßenbahnen auszugleichen. Dieses Geld werden wir wohl auch längerfristig dafür verwenden müssen und auch - denke ich - wollen. Das Zweite ist, dass wir die stillen Einlagen, wo wir jetzt vorübergehend einen Kredit aufgenommen haben, ablösen und damit langfristig bei der Landesbank die Erträge aus dieser stillen Einlage bekommen. Das Dritte ist die Ablösung der Zwischenfinanzierung für einen Teil des Kaufpreises der Grundstücke für Stuttgart 21. Ein anderer Teil wurde ja finanziert aus Anteilen des Verkaufs der Bahnhofsplatzgesellschaften. Und die verbleibenden Mittel in einer Größenordnung von 800 Mio. € wollen wir langfristig und möglichst sicher und ertragsbringend - das ist ja immer so eine Schnittstelle - anlegen mit dem Ziel, aus diesen Mehrerlösen kommunalpolitische Aufgaben zu finanzieren. Das ist unsere grundlegende Idee, wobei zu den kommunalpolitischen Aufgaben auch gehört, möglichst neue Kredite zu vermeiden, die ja dann wiederum längerfristig die Gestaltungsspielräume verringern bzw. - soweit es sich anbietet - Kredite zu tilgen. Wir halten nichts davon, dass wir jetzt, möglicherweise mit Vorfälligkeitsentschädigung usw., in eine verstärkte Kredittilgung hineingehen.

Zu diesen kommunalen Aufgaben gehört, es war ein besonderes Anliegen der Fraktion der GRÜNEN, auch das Thema 'Kommunales Energieprogramm', vor allem unter dem Aspekt Energieeinsparung und rationelle Energienutzung und alle diesen Facetten, die da dazu gehören. Unser Vorschlag ist, dass wir über dieses Thema dann sprechen, wenn wir Erlöse zu verteilen haben bzw. dann im Kontext der Haushaltsplanberatungen, gegebenenfalls bei einem Nachtragshaushalt. Wir haben Ihnen das schriftlich so dargestellt.

Ein weiterer Aspekt, der zur NWS gehört, ist das Thema Wasserversorgung. Die NWS ist ja unser lokaler Wasserversorger. Daran wird sich grundsätzlich nichts ändern. Es gibt einen Konzessionsvertrag, der weiter bestehen. Insoweit ändert sich die rechtliche Situation für uns als Stadt und auch als Bürger nicht. Das Zweite ist die Fernwasserversorgung, die ja aufgebaut wurde in Form von öffentlich-rechtlichen Zweckverbänden. Auch die werden sich nicht verändern. Und uns war wichtig, dass die Stadt in diesen Organen nach wie vor mit Stimmrecht vertreten ist. Mir war es besonders wichtig, dass es kein Weisungsrecht gibt. Ein Anliegen, das ja auch von der SPD-Fraktion entsprechend zum Ausdruck kam.

Kurzum, ich kann Ihnen nach vielen Jahren intensiver Beschäftigung mit diesem Thema und vielen Gutachten und Überlegungen und Abwägungen heute guten Gewissens empfehlen, dieser Vorlage zuzustimmen."

StR Föll (CDU):

"Wir haben in den letzten Jahren in der Tat sehr intensiv über dieses Thema diskutiert, und für meine Fraktion kann ich allen Beteiligten, Ihnen, Herr Oberbürgermeister und Herr Dr. Lang, nur danken, dass wir nunmehr diese abschließende Entscheidung treffen können, weil es die richtige und zukunftsweisende Entscheidung für alle Beteiligten ist, obwohl sie natürlich, Sie haben es gesagt, einen historischen Einschnitt bedeutet. Nach mehr als 100 Jahren kommunaler Energieversorgung endet diese sozusagen dann am 2. April 2002 bzw. - wenn der rechtliche Übergang ein bisschen später ist - im Juli 2002.

Dennoch ist es die richtige und zukunftsweisende Entscheidung, sowohl für die NWS und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NWS, weil dieses Unternehmen ohne einen starken Partner im Wettbewerb der großen Energiedienstleistungsunternehmen in Europa sicher nicht bestehen könnte und wir dann in eine Spirale gekommen wären, sozusagen aus Kostensparungsgründen noch mehr Arbeitsplätze abbauen zu müssen, als dieses bei der NWS selbst in der Vergangenheit bereits der Fall gewesen ist. Durch diese Entscheidung haben wir erreicht, dass die Personalentwicklung bei NWS und EnBW zusammen in der Summe am Standort Stuttgart positiv ist. Ein Ergebnis, das manche Fusion von Giganten nicht hervorbringt. Wenn ich beispielsweise an die Konsequenzen denke, die bei der früheren VEW an deren Standorten hervorgerufen wurden, wo drastischer Arbeitsplatzabbau stattfindet, so ist dieses eine Entscheidung, die Übernahme der städtischen Gesellschaftsanteile an der NWS durch die EnBW, die auf Zuwachs beruht, die auf der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beruht und nicht uns in diese Abwärtsspirale treibt.

Es ist aber auch die richtige Entscheidung für die Stadt Stuttgart nicht nur, weil wir 2,35 Mrd. € Erlösen, das ist sicher auch sehr, sehr bedeutend, aber bedeutend ist eben auch, ein wettbewerbsfähiges Energiedienstleistungsunternehmen am Standort Stuttgart zu haben und damit eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zu sichern und auch die Option zu haben, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Ich will die weiteren Gründe, weil sie ja nun vielfach diskutiert wurden und alle bekannt sind, die für den Verkauf sprechen, jetzt nicht weiter wiederholen.

Ich will eigentlich nur noch ein Wort zur Mittelverwendung sagen. Wir werden sicherlich abschließend erst im Zuge des Nachtragshaushaltes darüber zu entscheiden haben, wobei für uns klar ist, dass der Nachtragshaushalt keine Fortsetzung der Doppelhaushaltsberatungen sein wird. Wir haben als CDU-Fraktion in den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr gesagt, dass wir es im Vorgriff darauf, dass wir alle Gesellschaftsanteile an NWS und EnBW veräußern, für vertretbar erachten, bereits zusätzliche Investitionsmaßnahmen in einer Größenordnung von 30 bis 35 Mio. € in den Haushalt einzustellen und natürlich zunächst einmal um diesen Betrag auch die Kreditemächtigung erhöht werden musste. In dem Nachtrag kann es aus unserer Sicht nur darum gehen, zum Einen haushaltstechnisch diese Einnahmen zu verarbeiten und zum Zweiten die Kreditemächtigungen herabzusetzen und sich zu überlegen - da haben wir durchaus Sympathie für den Antrag der Freien Demokraten - , wie wir durch Kredittilgungen zu einem möglichst optimierten Finanzergebnis kommen. Ich will an der Stelle aber auch sagen, dass wir sicherlich es auch weiterhin für richtig erachten, in Spezialfonds, die durchaus auch eine Aktienbeimischung haben können, zu investieren, weil jedem bekannt ist, der sich mit diesem Thema beschäftigt, dass diese Fonds mittel- bis langfristig deutlich überdurchschnittliche Renditen erwirtschaften werden, auch wenn in der kurzfristigen Betrachtung die Börsensituation zunächst mal eine ungünstige ist.

Wir sehen also im Blick auf die Mittelverwendung keinen Spielraum für zusätzliche Ausgabenwünsche - ich will nur erinnern, wir haben im Doppelhaushalt allein eine Kreditemächtigung von 280 Mio. € stehen -, sondern wir müssen nun im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt uns anschauen, wie wir zum einen die Kreditemächtigung reduzieren können und wie wir dann durch eine vernünftige Mischung zwischen Kreditvermeidung, Tilgung und Anlage zu einem optimierten Finanzergebnis kommen. Das wird die Aufgabe dann sein. Insoweit sollte man hier, Herr Oberbürgermeister, keine Hoffnungen bei der Fraktion der GRÜNEN wecken, die - aus unserer Sicht zumindest - in den Nachtragshaushaltsberatungen auch nicht erfüllt werden können.

Insgesamt ist diese Neuordnung der Energiebeteiligungen für alle Involvierten ein gutes Ergebnis und wir stimmen dem zu, weil wir in der Tat auch ein gutes Gewissen haben, die

Entscheidung in Sorgfalt vorbereitet zu haben, die Alternativen erwogen zu haben und nunmehr das beste Ergebnis für alle auch vorzunehmen."

StR Kanzleiter (SPD):

"Eigentlich müsste man nichts mehr sagen, weil von allen möglichen Seiten alles schon gesagt ist. Trotzdem ist es so ein Einschnitt, der sich hier vollzieht, dass es eigentlich schon fast ein Sakrileg wäre, wenn man nicht ein paar grundsätzliche Bemerkungen noch dazu geben würde.

Es ist uns allen klar, dass hier eine wirklich historische Entscheidung getroffen wird. Seit 100 Jahren betreiben wir als Kommune die Energieversorgung, die Wasserversorgung, die Gasversorgung und nach dem Kriege die Fernwärme. Hervorgegangen sind die damaligen Technischen Werke der Stadt Stuttgart aus privaten Unternehmen. Insoweit ist das auch ein Stück weit Wirtschaftsgeschichte, die hier nun geschrieben wird. Es geht jetzt weiter in einem weiteren Abschnitt der Wirtschaftsgeschichte, von dem wir nicht wissen letztlich, wie er aussehen wird, aber wir sehen im Moment keine Alternative zu den Entscheidungen, die jetzt anstehen. Wir sehen durchaus Risiken, die drin stecken, wenn nicht verantwortlich gehandelt wird von allen Beteiligten, insbesondere von denjenigen, die nachher als mehr oder weniger private Eigentümer die Energieversorgung für Stuttgart wahrzunehmen haben.

Ich will nur aus aktuellen Gründen auf das verweisen, was sich in den USA abspielt. Enron, ein bisher weltweit größter Energieversorger, ist zusammengebrochen. Warum - man braucht das jetzt nicht zu vertiefen -: auch an inneren Widersprüchen. Im letzten Jahr hatten wir in den USA Versorgungsengpässe, weil teilweise überreguliert wurde, teilweise die Regulierung mit der Liberalisierung in Widerspruch geraten ist. Wir kennen die Situation in Großbritannien, wo ja sehr früh die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur durchgeführt wurde. Dort wurde zu wenig in die Leitungsnetze investiert und dafür privat abgesahnt. Das muss jetzt alles wieder repariert werden. Also Risiken en masse und deshalb auch Verantwortung, die man letztlich nur politisch durch die Setzung von Rahmenbedingungen wahrnehmen kann.

Wir hätten durchaus die Möglichkeit gesehen, die NWS als Stadtwerk zu betreiben, als das Unternehmen, das dem Verbraucher gegenübertritt, ihm bürgernah, mit Vertrauen auf die Kommune, die dahinter steht, weiterhin den Strom ausliefert, wenn da nicht - der Herr Oberbürgermeister hat es erwähnt - die Pferdefüße in Form der Art und Weise, wie wir Energie produzieren, dahinter gestanden hätten. Wir wissen, dass die Kernkraft keine Zukunftsenergie ist. Früher hat man sie gemeinsam beschlossen, aber die Zeiten sind vorbei. Wahrscheinlich wäre noch zuletzt eine Möglichkeit gewesen, das Ganze positiv zu wenden auch aus Sicht der Kommune, wenn man vor einigen Jahren, zum Zeitpunkt, als über die Fusion von TWS und Neckarwerken gesprochen wurde, die Kraftwerksgesellschaft Baden-Württemberg gegründet hätte und insoweit die Produktion von der Verteilung und dem Kundengeschäft abgetrennt hätte. Auch Geschichte - ich will es hier nur noch mal erwähnen, weil das einfach dazugehört.

Wir haben auch aus diesem Grunde dem Grundsatzbeschluss bereits Ende 1999 zugestimmt, weil es auch damals schon klar war, es gibt wohl keine Alternative für diese Vorgehensweise. Es war lediglich noch offen geblieben: Was passiert mit den restlichen 25 %? Herr Oberbürgermeister, Sie sagten, wir hätten die ja gerne weiter behalten. Ich muss Ihnen ganz offen sagen, das glaube ich Ihnen nicht so ganz. Ich glaube eher, Sie hatten von Anfang an die Absicht, auch diese restlichen 25 % zu verkaufen. Aber, da brauchen wir nicht darüber zu streiten, das sind Ansichtssachen, und je nachdem sagt man es halt aus der jeweiligen Position heraus. Ich meine, dass es für uns noch einen Punkt gab, an den 25 % festzuhalten, der hieß 'Einfluss auf das Wassergeschäft'. Wir hatten vorgeschlagen, das Wassergeschäft gesellschaftsrechtlich aus den NWS herauszulösen, eine eigene Gesellschaft zu bilden. Da hätte man die 25 % gut einsetzen können. Das war zu kompliziert, man hat es wohl auch nicht gewollt. Immerhin empfinden wir es als Erfolg, dass es gelungen ist, die Stimmrechte in den Wasserzweckverbänden, solange diese bestehen, als kommunale Stimmrechte zu erhalten und nicht ganz den Einfluss auf das Geschehen zu verlieren.

Ein Grund, warum wir ebenfalls sagen können 'jawohl, das ist eine vertretbare Entscheidung', ist die Tatsache, dass jetzt in der Zwischenzeit durch die Neustrukturierung des Unternehmens die Netzgesellschaft, die entstehen wird, in Stuttgart ihren Sitz haben wird. Das wird die bedeutendste Gesellschaft innerhalb des Konzerns EnBW sein. Und wir sind

froh, dass durch diese Rahmenvereinbarung mit in die Wege geleitet wurde, die Arbeitsplätze zu sichern und insoweit auch die Nähe zum Kunden aus Stuttgart heraus praktiziert wird.

Bleibt das Thema 'Verwendung der Mittel'. Da ist alles gesagt worden. Wir werden im Rahmen des Nachtragshaushalts die formalen notwendigen Schritte tun, um die richtigen Entscheidungen für die Anlage und für die Verwendung der Mittel für die Zukunft zu treffen. Es bleibt festzuhalten im Zusammenhang mit der Finanzierung oder mit den Erlösen, dass wir die Grundstücke für Stuttgart 21 und des Bahnhofs in Bad Cannstatt gekauft haben. Dieses entspricht einer ureigensten sozialdemokratischen Politik, ich will das hier deutlich sagen, nämlich der Politik, Bodenvorrat in kommunaler Hand zu schaffen, um damit Einfluss auch auf Planungsprozesse nehmen zu können. Deshalb stimmen wir dieser Mittelverwendung mit vollstem Herzen zu, weil das eine richtige Entscheidung ist. Wir sind auch der Auffassung, dass die Anlage bei der LBBW, indem wir dort unsere stille Beteiligung in eine echte umwandeln, richtig ist, weil es ertragsbringend ist und weil wir Vertrauen haben in die LBBW, dass sie auch künftig Erträge für uns erwirtschaftet. Es gibt überhaupt keine Anhaltspunkte, dass das anders sein wird. Und wir sind auch der Auffassung, dass es richtig ist, einen großen Teil des Vermögens, den wir hier bekommen, in der SVV zu belassen, um auch in der Zukunft eine verlässliche Grundlage für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs hier in Stuttgart zu haben. Also auch das Punkte, denen wir gut zustimmen können. 1,6 Mrd. DM sind es, die übrig bleiben, die man jetzt im Rahmen des Nachtragshaushalts platzieren muss. Da möchte ich jetzt keine weiteren Ausführungen dazu machen. Insoweit ist im Verwaltungsausschuss alles gesagt worden, nämlich, dass wir mit der Formulierung, die heute hier beschlossen wird, nicht eine definitiv endgültige Entscheidung getroffen haben, sondern den notwendigen Spielraum haben, um in den nächsten Wochen und Monaten darüber nachzudenken, was das Günstigste für die Stadt ist, denn nur das wollen wir ja tun."

StR Wölfle (90/GRÜNE):

"Das ist in der Tat ein historisches Ereignis, und wir betrachten dieses auch als eine konsequente Fortsetzung des eingeschlagenen Weges. Man wird in ein paar Jahrzehnten vielleicht darüber philosophieren können, ob es besser gewesen wäre, wenn..., aber nachdem wir uns entschieden haben, uns sukzessive zu verabschieden, gehört jetzt dieser letzte Teil hinzu.

Dies ist auch aus einer anderen Sicht noch historisch, weil, Herr Oberbürgermeister und Herr Dr. Lang, zu dieser Vorlage Sie von uns GRÜNEN ein uneingeschränktes Lob erhalten, und dieses ist auch selten genug. Wir haben sämtliche Aspekte positiv für Stuttgart geregelt, sowohl die Arbeitsplatzabsicherung, die Standortfrage usw. Sie haben das alles aufgeführt. Von daher gab es auch aus unserer Sicht nur die Parole: 'So schnell wie möglich'. Wir begrüßen auch, dass Sie sich nicht gescheut haben, die Chance der rot-grünen Unternehmenssteuerreform in Kauf zu nehmen.

Zur Frage der verbleibenden Mittel haben Sie auf unseren Antrag hingewiesen. Zur Antwort will ich sagen, wir wären froh, wenn in dieser Gemeinderatsmehrheit die Sicherung von Vermögen nicht nur in Form von Grundstücken oder jetzt in dieser stillen Anleihe gesehen würde. Herr Müller-Prothmann hat in seiner Rede zu Recht darauf hingewiesen, dass wir mit unserem Vermögen in Form von Gebäuden nicht Wert erhaltend umgehen. Und wenn wir gesagt haben, wir stoppen endlich die Energieverschwendung in unseren eigenen Gebäuden, ist auch dieses Vermögen erhaltend. Dieses Geld kommt aus dem Bereich Energie, und wir sagen, lasst uns einen Teil dieser Zinserträge auch dafür verwenden, vorbildlich im Umgang mit Energie zu sein - auch als Kommune - im Bereich Kindergartenneubauten, dort, wo Kinder noch am schnellsten lernen, wie man verantwortlich mit Energie umgeht. Lasst uns hier einen Standard einführen flächendeckend, nicht nur im Einzelnen, der sich als zukunftssträftig erwiesen hat. Hier lohnt sich der Einsatz von ein paar Mark.

Wir werden im Rahmen dieser Verwendungsdiskussion auf diese Anträge nochmals zurückkommen, genauso wie auf das Thema 'Wie ist die Anlage sicher und gleichzeitig ertragsbringend zu gestalten?'. Da macht der Kämmerer uns dann einen Vorschlag, und wir werden bei Gelegenheit darüber diskutieren."

StR J. Zeeb (FW):

"Auch von den Freien Wählern gilt der Dank den Beteiligten, zunächst natürlich für die Verhandlungsbereitschaft, über Jahre hinweg so ein komplexes Thema anzugehen und natürlich jetzt ein sich abzeichnendes positives Ergebnis vorweisen zu können. Der Zeitpunkt ist richtig, dass wir das machen, der Preis ist jetzt noch gut. Für die Zukunft ist nicht absehbar, ob höhere Preise oder Wertsteigerungen für diese Anteile erzielt hätten werden können. Es war uns Freien Wählern immer wichtig, wie auch den anderen Fraktionen hier, dass wir Geldanlagen und Werte unserer Vorfahren bewahren und sinnvoll vermehren. Das, so glauben wir, tun wir mit dem beabsichtigten Maßnahmenpaket. Die Werte bleiben erhalten und sind ebenfalls, so wie es oft genannt wird, Tafelsilber für die nachfolgenden Generationen.

Weiter freuen wir uns über die Investitionsabsichten der EnBW in Stuttgart. Das sichert wieder Arbeitsplätze und ist ein wichtiges Bekenntnis zum Energiestandort Stuttgart und der Region. Wichtig ist doch für den Bürger, dass seine Versorgung mit Strom, Gas und Wasser gesichert ist und dass es positive Zukunftsaspekte gibt, die auch hoffen lassen, dass z. B. der Müllpreis sinkt, auch wenn dies erst ab 2005 oder 2006 der Fall sein kann. Auch hier glauben wir, dass der richtige Weg eingeschlagen ist.

Für unsere Fraktion gibt es, wie für die anderen natürlich auch, noch Diskussionsbedarf zur Verwendung der noch zur Verfügung stehenden Mittel. Hierzu erwarten auch wir die Vorschläge unserer Finanzverwaltung. Und wir hoffen, dass wir an einem 'Schmutzigen Donnerstag 2002' eine saubere Weichenstellung für die Zukunft beschließen können, die sicher nicht zum Schaden der Stuttgarter Bevölkerung sein wird. Wir stimmen dieser Vorlage zu."

StRin Werwigk-Hertneck (FDP/DVP):

"Damit die Presse auch schreiben kann 'Partei übergreifend', wurde das heute als historisches Moment angesehen, dass wir so weit sind, diese Anteile zu verkaufen. Herzlichen Dank an Herrn Dr. Lang und Herrn Schopf, dass wir heute diese Vorlage haben. Und wir haben auch das Vertrauen, dass es so klappen wird. Wir Liberale freuen uns riesig, dass diese große Privatisierung erfolgen kann. Kommunen geben ein Stück Verantwortung ab und legen sie in die Hände privater Unternehmen mit der großen Hoffnung, dass es dann günstig werde für alle, die mit Energie versorgt werden müssen. Natürlich bestehen auch Risiken, aber wir glauben ja eher an die Hoffnung. Der Standort in der Region ist nochmals ganz wichtig gewesen für die Frage der Arbeitsplätze. Vielen Dank auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dass das dann auch so geklappt hat. Von daher ist es rundum, denken wir, ein sehr gutes Paket.

Und nun fließt sehr viel Geld, 2,4 Mrd. € in die Stadtkasse, und man sagt immer im Zusammenhang mit Privatisierung, da geht es ans Tafelsilber. Es geht uns wirklich um eine Vermögensumschichtung, und es ist ein erfreulicher Akt festzustellen, dass Partei übergreifend hier wirklich nur Vermögen umgeschichtet werden soll und dass es für kommende Generationen erhalten bleiben soll. Dieser GRÜNEN-Antrag, der das gleich koppeln will, fällt natürlich etwas aus der Reihe, aber ich denke, das werden wir in den normalen Haushaltsberatungen mit den uns dann zur Verfügung stehenden Mitteln diskutieren können.

Es besteht große Einigkeit darüber, mit der SVV den Nahverkehr weiter zu sichern, über die LBBW-Einlagen, die Grundstückskäufe Stuttgart 21, alles das d'accord. Streit besteht allenfalls noch über das Finanzmanagement. Da gehen wir - wie mit unserem Antrag dokumentiert - weiter, und wir freuen uns auch über verschiedene positive Signale, doch noch mal darum zu streiten, ob das Geld, das übrig bleibt, diese etwa 800 Mio. € angelegt werden soll zur Reduzierung der Kreditermächtigungen und in diesen Spezialfonds oder ob wir nicht einen Schritt weiter gehen und sagen, nicht nur keine Neuverschuldung, sondern wirklich auch Schuldenreduzierung. Denn es ist eigentlich unser Ziel, wenn man sagt, man geht in die Privatisierung, dies zur Konsolidierung der Haushalte zu tun. Da wird es sicherlich nicht nur um ein Zinsen-Gegenüberstellen gehen, sondern man muss auch psychologische Effekte politisch wägen, dass man sagt: 'Wie wird das vielleicht einmal bei späteren Stadträtinnen und Stadträten aussehen, werden sie eher weitere Kredite aufnehmen oder werden sie eher einen Spezialfonds anknabbern, der im Moment ja noch nicht mal so viel Prozente bringt, wie wir

Schuldzinsen zahlen?' Von daher wird es sicherlich noch ein konstruktiver Streit sein in den nächsten Wochen, zu überlegen, wie man das dann am Schluss gut macht."

StR Lieberwirth (REP):

"Nach so viel Lob müssen wir schon einen Wermutstropfen in den Wein gießen. Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, diese Veräußerung der Beteiligung ist die Beendigung einer 100-jährigen Erfolgsgeschichte, und damit geben wir unsere städtischen Einflussmöglichkeiten auf wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge auf. Wir betrachten diese Beteiligung als Volksvermögen, das in diesem vorliegenden Ausmaß auf keinen Fall veräußert und auf den Markt geworfen werden dürfte, zumal wir befürchten, dass die Erlöse zu einem beträchtlichen Teil zur Kaschierung unserer wirklichen Haushaltslage auch in den nächsten Jahren erhalten müssen und innerhalb weniger Jahre aufgebraucht sein werden. Ich nehme hier nur das Beispiel Berlin. Berlin hat auch seine Versorgungsbetriebe veräußert und steht heute vor dem Nichts, vor einem Riesenschuldenberg.

Wir sind schon lange zu der Erkenntnis gelangt, dass die Stadt bei der Neuregelung ihrer Eigentumsverhältnisse eine Hans-im-Glück-Strategie verfolgt, die unsere städtischen Vermögensreserven fahrlässig aufs Spiel setzt. Ich möchte hier nur auf die Mittelverwendung eingehen. Es ist zwar erfreulich, dass die SVV immerhin noch einen Teil behält und dass damit ein Defizit ausgeglichen wird. Aber schon die Verwendung, um jetzt Grundstücke zu erwerben für Stuttgart 21, auch das ist im ersten Fall ein Zinsverlust und zweitens ein gewaltiges Risiko. Ob dann diese Erlöse auch in späteren Jahren wieder erzielt werden können, das sei noch dahingestellt. Diese Veräußerungen stehen im Widerspruch zu einer nachhaltigen Sicherung des städtischen Vermögens, und Sie belasten damit die späteren Generationen. Das kann nicht im Interesse der Bürger dieser Stadt sein. Hierfür tragen diejenigen die Verantwortung, die dieser Vorlage vor allem aus betriebswirtschaftlichen und kurzfristigen Gründen zustimmen. Wir Republikaner werden dieser Vorlage nicht zustimmen.

Eine Frage hätte ich noch, Herr Oberbürgermeister: Es geht um die Mittelverwendung. Es gibt ja eine EU-Richtlinie, zumindest war schon vor einigen Jahren geplant, dass Defizite von öffentlichen Unternehmen nicht durch Überschüsse anderer öffentlicher Unternehmen ausgeglichen werden dürfen. Sie sagen ja hier auch 'die SVV bleibt bis auf weiteres mit Mitteln von 550 Mio. € ausgestattet'. Wie sieht es damit in der Zukunft aus?"

StR Deuschle (PDS):

"Verkauf von städtischem Eigentum heißt auch Verlust von kommunaler Demokratie. Auf das, was in einem Amt erledigt wird, hat man noch sehr viel Einfluss, im Eigenbetrieb wird es schon etwas schwächer, bei einem Beteiligungsunternehmen wird der kommunale Einfluss schon deutlich geringer und bei einem Privaten ist er weg. D. h., der Einfluss der Menschen auf ein wirtschaftliches Tun im kommunalen Bereich und der Daseinsvorsorge existiert dann nicht mehr.

Die Ursachen sind nicht hier im Gemeinderat zu suchen, sondern ein Stück weit schon in der Vorgeschichte. Die Bundesregierung hat voreilig die Liberalisierung umgesetzt in diesem Land, ohne Not, und jetzt haben wir unter dem Stichwort Liberalisierung die NWS und die EnBW an den Monopolisten EdF nach Frankreich verkauft. Dort landet es, nicht in Baden-Württemberg, sondern in Paris. Es hätte Alternativen gegeben im Vorfeld zu der Frage EdF, das ist auch hier schon angekommen, und es hätte Möglichkeiten gegeben, diese Vorgabe aus Brüssel zu lösen, ohne diesen ehemals kommunalen Bereich NWS und diese historische Bedeutung, die er hat in Stuttgart, letztendlich nach Frankreich zu verschieben.

Herr Kanzleiter hat die Risiken durch Privatisierung schon erwähnt, da brauche ich nicht mehr darauf einzugehen.

Ich möchte auf ein Thema von Herrn Föll nochmals eingehen, und zwar die Personalentwicklung. Es ist im Vorfeld von großen Fusionen immer sehr viel Lob verteilt und gesagt worden: 'Es geht aufwärts und es gibt keine Gefahr für Arbeitsplätze' etc. Es gibt in Stuttgart das Beispiel einer großen Fusion, die nicht ganz so funktioniert hat, wie man es zunächst überall auf den Titelseiten lesen konnte. In der Beschlussvorlage stehen zwei widersprüchliche Aussagen, und zwar 'Für die sofortige Veräußerung der gesamten TWS

GmbH sprechen folgende Gründe: Von Seiten der EnBW besteht großes Interesse, durch eine weitgehende Kooperation zwischen EnBW und NWS die vorhandenen Synergieeffekte baldmöglichst zu heben.' Die sind noch nicht gehoben. Deswegen sind die Vergleichszahlen der Arbeitsplätze auf Seite 9 noch nicht Fakt. Das ist noch nicht das Ergebnis dieser Fusion, sondern das ist nur der Weg, und da kann noch ganz gewaltig was passieren. Deswegen, denke ich, so positiv und ohne dass man darauf hinweist, dass wirklich auch Gefahren für Arbeitsplätze existieren und noch vorhanden sind, kann man das nicht abtun.

Ich stimme der Beschlussvorlage nicht zu."

In Beantwortung der von StR Lieberwirth gestellten Frage nach dem steuerlichen Querverbund teilt EBM Dr. Lang mit, bundesweit seien viele Fälle so organisiert wie in Stuttgart, dass in einer Obergesellschaft Erträge und Verluste zusammengeführt würden. In der Vergangenheit in besonderem Maße interessant gewesen sei, dass die Körperschaftsteueranrechnung zusätzlich zu den Erträgen der Versorgungswirtschaft einen Beitrag geleistet habe. Dies habe tatsächlich im Bereich des EU-Rechtes zur Disposition gestanden, es habe jedoch noch nicht Verordnungskraft erlangt. In Zukunft werde das Thema jedoch nachhaltig auch dadurch an Attraktivität verlieren, dass diese Körperschaftsteueranrechnung ab dem Jahr 2002 nicht mehr möglich sei. Damit falle ein erheblicher Teil der Zusatzerträge weg. Das, was die Verwaltung beabsichtige, habe mit einer künftigen Regelung nichts zu tun, weil sie künftig keine Form des steuerlichen Querverbundes mehr darstelle, sondern einen Teil des Ertrages, der ohnehin bei der Obergesellschaft SVV ankomme.

EBM Dr. Lang kündigt für Ende März 2002 Vorschläge an, wie nach Ansicht der Verwaltung die zur Verfügung stehenden Erträge angelegt werden können. Der Nachtragshaushalt werde erst im Laufe des Monats April vorgelegt. Er gehe davon aus, die Aussage von StR Föll spiegle weitgehend die Auffassung des Gemeinderats wider, dass aus Anlass des Nachtrags die Haushaltsplanberatungen nicht neu aufgegriffen und in gleicher Intensität fortgeführt würden.

- Beschlussfassung s. Niederschrift Nr. 16/2002 -